

Medienmitteilung

Thema	Agrarpolitik 2014 – 2017
Für Rückfragen	Kathrin Bertschy, Nationalrätin, +41 78 667 68 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	15. August 2012

Agrarpolitik 2014 – 2017: Durchgezogene Zwischenbilanz, Grünliberale fordern mehr Effizienz und Nachhaltigkeit

Die Grünliberalen begrüßen es zwar, dass die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats im Rahmen der Agrarpolitik 2014 – 2017 darauf verzichten möchte, wichtige Reformen für mehr Effizienz in der Agrarpolitik rückgängig zu machen, wie es der Bauernverband und seine Vertreter im Nationalrat fordern. Gleichzeitig bedauern es die Grünliberalen aber ausserordentlich, dass die Kommission – wenn auch sehr knapp – keine weitergehenden Verbesserungen für mehr Effizienz und Nachhaltigkeit vornehmen möchte. Die Grünliberalen werden dies im Nationalrat mit Minderheitsanträgen aber weiterhin nachdrücklich fordern.

Ziel der laufenden Agrarreform ist eine stärkere Ausrichtung der Direktzahlungen auf konkrete Ziele, wie sie die Verfassung vorgibt sowie die Behebung von Ineffizienzen und Ziellücken, wie sie heute primär im Bereich Ökologie bestehen. Die glp begrüsst, dass die im Vorfeld vom Bauernverband und seinen Vertretern im Nationalrat geforderte Streichung der Landschaftsqualitätsbeiträge und die ebenfalls geforderte Wiedereinführung der Tierbeiträge klar abgelehnt wurden. Die Abschaffung der Tierbeiträge ist für das Gelingen der gesamten Reform zentral. Die bis anhin ausgerichteten Tierbeiträge führen zu überhöhten Tierzahlen und zu Überproduktion. Die Folgen sind Umweltschäden sowie tiefe Preise und damit geringere Einkommen für die Bauern.

Aus Sicht der Grünliberalen stellt die Botschaft des Bundesrates bereits ein wenig mutiger Kompromiss dar. Zentrale Schwachpunkte sind die ungenügende Zielorientierung und der zu wenig zielgerichtete Mitteleinsatz. Für eine wirklich zukunftsgerichtete Reform braucht es für sämtliche Verfassungsziele klare zeitliche und quantitative Vorgaben und eine dementsprechende Anpassung der Direktzahlungen. Mit der zaghaften Umlagerung der Mittel und dem Weiterbestehen der Defizite im Umweltbereich ist der vorgeschlagene Zahlungsrahmen klar zu hoch. Insbesondere fliessen mit jährlich über einer Milliarde Franken zu viele Mittel in die primär strukturhaltenden „Versorgungssicherheitsbeiträge“.

Grünliberale für mehr Effizienz und Nachhaltigkeit

Die Ausgestaltung der Direktzahlungen ist demnach so auszurichten, dass die vorgegebenen Ziele innerhalb des gesetzten Zeitraums erreicht werden. Des Weiteren braucht es eine deutliche Umlagerung der Mittel weg von pauschalen Flächenzahlungen unter dem Deckmantel der Versorgungssicherheit hin zu Leistungszahlungen mit klar ökologischer und gemeinwirtschaftlicher Ausrichtung. Diese Verbesserungen kämen insbesondere auch den Bauern in den Berggebieten zu Gute und könnten das Sektoreinkommen der Bauern insgesamt und die Umweltleistungen sogar erhöhen, wie kürzlich publik gewordene Berechnungen der Verwaltung zeigen. Die Grünliberalen werden im Nationalrat mit dementsprechenden Anträgen für eine zukunftsgerichtete Schweizer Landwirtschaft eintreten.